

Bezugspreise:
Für Halle monatlich bei zweimonatlicher
Anstellung 3,50 Mark, vierteljährlich
9,00 Mark, durch die Post 7,50 Mark
einschl. Zustellungsgebühr. Be-
stellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen. Um
am 10. Rechnungsperiode unter
Einschaltung eingetragener, für
unsererzeit eingegangene Manu-
skripte wird keine Gewähr über-
nommen. Nachdruck nur mit der
Quellenangabe. Einzel-Verkauf ge-
boten. Ferner der Schriftleitung Nr.
1140, der Anzeigen-Abt. Nr. 1142
u. 7411, der Bezugs-Abt. Nr. 11332

Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise:
Die 8 Spalten 34 mm breite
Zeile meiste über deren Raum
30 Pf. mit Resten bis 42 mm
breite 11 Linienzeile 30 Pf. An-
zeigen nehmen an unsere Be-
schäftigten u. sämtliche Anzeigen-
geschäfte. Erfüllungsort: Halle.
Erscheinung täglich 2 mal, Sonn-
tag und Feiertage 1 mal.
Einzelpreis und Bezugs-
preise: Halle, Neue Promen-
ade 10, Dr. Bauhausstr. 17.
Leben-Bezugsstellen: Große
Kochstraße 32 und Markt 24.
Bezugs-Konto Leipzig Nr. 4006.

Nr. 12.

Halle, Donnerstag, den 8. Januar 1920.

Einzelpreis 15 Pfg.

Die neue Streikbewegung.

Fordauer der Verhandlungen der Eisenbahner mit der Regierung. — Die Versicherungsbeamten streiken.

Ministerbesprechungen über wirtschaftliche Fragen.

„Kein Anlaß zu übertriebenen Befürchtungen.“ — Gegen Preistreikern und Schleichhandel.
Süddeutsche Klagen über die angeblich ungerechte Verteilung der Kohlen.

Stuttgart, 7. Januar. Wie von zutäglich
Seite mitgeteilt wird, fanden gestern und heute im
Landtaggebäude Besprechungen des Reichswirtschaftsminis-
ters mit den Ministern von Bismarck, Brüning,
Fehrenbach und Heinen über wirtschaftliche Fragen
statt. Der Reichswirtschaftsminister gab zunächst einen
Überblick über die gesamte Wirtschaftssitua-
tion; zu übertriebenen Befürchtungen läge trotz des
Erntes der Vorse kein Grund vor. Wenn die Vorkämpfer
die erhoffte Wirkung hätten, würden rechtzeitige Maßnah-
men getroffen, wobei in erster Linie die Erhöhung der
Produktion und die Erhöhung des Ausmaßes, daneben
aber auch in den nötigen Grenzen eine Erhöhung der Ein-
fuhr in Betracht komme.

Nachdem der Minister die Lage der Textilin-
dustrie, die Notwendigkeit der Unterstützung der wirt-
schaftlichen Arbeiter und des Schleichhandels, die
schweren Bedrohungen auf dem Güter- und Debermarkt
besprochen hatte, führte er am Ende von klärenden An-
gaben aus, daß die Klagen Süddeutschlands über Benach-
teiligung in der Kohlenlieferung nicht begründet
seien. Die Klagen über mangelhafte Kohlenlieferung seien

allgemein im ganzen Reich. Schließlich befragte der Minister
die Frage der Ein- und Ausfuhr, insbesondere des Ausver-
kaufs Deutschlands, dem durch Bekämpfung der Ausfuhr-
kontrollen und Bewehrung durch Schutzwirtschaftsorgane
begegnet werden solle, sowie die Zolltarife.

In der Ernährungfrage wurde von den wirt-
schaftlichen Regierungsveterinären die Steigerung der land-
wirtschaftlichen Produktion durch Bereitstellung von Düngemitteln
und eine gerechte Verteilung der Reis im Lande, von den Ver-
tretern der Reichswirtschaftsministerien weitgehend zu be-
rücksichtigen verpaid.

Bezüglich der Kohlenproduktion und Kohlenverteilung
wurden von den süddeutschen Vertretern die Mittel zur Er-
haltung der Produktion und die Wege für eine
gleichmäßige Verteilung der Kohlen auf alle Gebiete des
Reiches besprochen. Im Anbetracht der Wichtigkeit der
Ernährungsfrage wurde die Wiederholung der Personen-
angelegenheiten auf 10 bis 14 Tage erwidert und gefordert, daß
Personenangelegenheiten am Sonntag im ganzen Reich ein-
gestellt wird.

Die „kirchliche“ Abstammung der Schule.

Von P. Sommer.

Mitteil der Preussischen Landesversammlung.

„Nicht überleben im Interdisziplinären der
Preussischen Landesversammlung Verhandlungen über
die Neugestaltung der Schulverwaltung. Es er-
scheint nur zu natürlich, daß die Vertreter der Kirche,
der „Gläubigen“, wie man mit Nachdruck hiers hervor-
hebt, diese Gelegenheit sich nicht entgehen lassen, um noch
in etwas, im „lesten Ethik“ bei durch die Revolution
verlorengegangenen Anhaltspunkten der Kirche auf die
Schule und den Geistlichen als „geborenes“ Mitglied
der Schulverwaltung hinzuwirken. Der Kampf richtet
sich insbesondere gegen den 8. der Regierungsver-
ordnung, von dessen Geltung Zentrum und Rechte ihre
Zustimmung zum Gesetzentwurf abhängig machen, ja
man wittert auf jenen Seiten trotz der wiederholten
gegenteiligen Versicherung des Ministers eine neue
Kulturkampagne und spricht in gar beweglichen Wor-
ten von drohenden, schweren inneren Kämpfen, die
unser an sich schon schwergeprüft und zerrissenes Volk
noch mehr erschüttern und schwächen müßten. Man sieht,
daß die Kirche nicht, das Auserwählte zu wagen, alles
ad majorem ecclesiae gloriam; alles Leidrig ist und bleibt
Rechtens. Bei der Verteilung ihrer „Anerkennung“
betonen die Vertreter der „Gläubigen“ die geistliche
Entwicklung der Dinge, welche den Anhalt der
Kirche zweifelsfrei begründe. Was jetzt gefordert
wird, sei nicht die durch das geschichtliche Werden
geborene und darum allein rechtmäßige Idee, sondern
nur eine aus dem Charakter einer Revolution am ver-
ständliche, aber an sich gefährliche, weil geistlich-
baltische Ideologie, die wie alle derartigen Gebilde zu den
unheilvollsten Folgen in Zukunft führen müßte und auch
führen werde.

Erfahrenen wissen, daß die Kirche stets eine wohlau-
gerückte Requisitionskammer besitzt, womit sie auf
empfindliche Stellen einwirkend wirken und nach
Büchse Stimmung machen kann. Dieses von ihr sehr
geschicklich gebrauchte Rüstzeug wird auch jetzt weidlich
ausgenutzt: da kling und kling es nicht allein in ge-
winnenden, einheimischem „Nichtig Gedacht“, da
braust und donnert es auch gar gewaltig und schreckhaft.

In jedem Falle heißt es hierbei nüchternste Ruhe
zu bewahren und ohne Voreingenommenheit prüfen.
Vor allen Dingen ist es hohe Zeit, die Waffen des
Volkes einmal darüber anzuführen, wie es in Wahrheit
mit der „kirchlichen“ Abstammung der Schule und den
daraus immer wieder gezogenen Folgerungen und
Forderungen bestellt ist.

Die ersten Unterweisungen der Kirche waren ledig-
lich auf das kirchliche Leben und für den Zweck kirchlicher
Zwecksetzung und der Unterordnung dieses Volkes unter
die Kirche eingeleitet. Das Bewußtsein des Einzelnen
zur Gesellschaft, zum Staat und zur Menschheit wurde
mehr gelegentlich, sehr mittelbar und sehr dürftig aus-
geprägt. Diesen Rückgang der Kirche erkennen,
paktieren in der Folgezeit, als das Staatswesen sich
mehr herausgebildet und immer bestimmter politisch
abgegrenzte Formen annahm, die führten in Rücksicht
auf ihre gebietende Stellung mit der Kirche, so sie unter-
warfen sich, freiwillig und auch unfreiwillig, als gleichem
Grade der immer herrschender auftretenden Kirche,
der der Diener der Kirche mit bestimmtem gerichteten
Wille und von ihr bestrittenen Leben alles, der Mensch
der Bürger so gut wie nichts galt. In dieser Auf-
fassung hat die Kirche mit geringem, meist äußerlicher
und nicht ungeschickter Anpassung an die Zeit und neue
politische Gegebenheiten bis zur unmittelbaren Gegen-
wart adie festgehalten. Das Eintreten der Ironie und
Wortarbeit war und blieb ihr stets und überall bloß
Mittel für ihre Zwecke. So hat sie, wo es sich für sie
besser schied, das absolute Herrschertum und das unbe-
dingte Untertanentum nach Möglichkeit achtzig und ge-
fördert, gleichzeitig aber an anderer Stelle Respekt
und deren Freiheiten ausgeübt. Die Verachtung und
vornehmend zu ihrem Vorteile abgeschlossene Bemannung.

Die von der Kirche gegründeten Schulen waren an
sich einseitiger und engherziger Erziehung geboten;
nicht der Mensch, der Staatsbürger, sondern nur der
altnährige, allseitig willkürliche Diener und Untertan der
Kirche sollte herangebildet werden. Wo man mehr
lebte, galt es, den Nachwuchs für den Klerus zu ge-
winnen. Dies war und blieb die Tendenz, der anders
verordnete Charakter aller von der Kirche gegründeten
Schulen. Eigenliche Volksschulen entstanden im Mit-
telalter zuerst in den aufstrebenden und freier gerichteten
Handelsstädten; das durch tüchtige Arbeit gewon-
nene Bürgergut schuf hier die zu seinem Zweck
und für seine Zukunft. Die Idee der Volksschule ist

Arbeitslosendemonstrationen in Hamburg.

Hamburg, 7. Januar. Im Anschluß an eine Ver-
sammlung der Arbeitslosen bildete sich heute mittig ein Demon-
strationzug, der nach dem Rathaus zog, um durch eine
Anordnung beim Senat neuerdings vorzulegen zu werden.
Nach Märsch der Anordnung aus dem Rathaus wurde die
Menge von den Sicherheitsmannschaften, die vor dem Rath-
haus aufgestellt waren, wiederholt zum Auseinandergehen
aufgefordert. Dieser Aufforderung wurde aber nicht Folge
geleistet. Darauf wurden von den Sicherheitsmannschaften
einige Schreckschüsse abgegeben, es wurde jedoch nie-
mand dabei verletzt. Die Menge zerstreute sich, und die
Ordnung wurde wieder hergestellt.

Sie wollen bei Deutschland bleiben.

Berlin, 8. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) Eine
für die Verhandlungen der preussischen Grenzkommission,
zu ihrem Vortritt zu bleiben, überaus beachtliche Be-
antwortung hat die am 24. Oktober v. J. von der Reichs-
regierung an den Obersten alliierten Rat gerichtete Note ge-
funden, in der darum ersucht wurde, der internationalen
Grenzkommission für die deutsch-polnische Grenze erweiterte
Vollmachten zu geben, von der im Friedensvertrag zuge-
sehenen Grenzlinie abzuweichen. S. Simson hat diese An-
gelegenheit kürzlich in Paris nochmals zur Sprache gebracht.
Daraufhin ist am 6. Januar mitgeteilt worden, daß dem
deutschen Vorschlag nicht Folge gegeben werden könne und
daß die alliierten Mächte sich nur an den Friedensvertrag
halten würden. In diplomatischen Kreisen hofft man aber-
trotz dieser Antwort, in einem späteren Stadium auf die An-
gelegenheit zurückzukommen, und den Versuch zu machen,
einige rein deutsche Verfassungen, die an das deutsche Sprach-
gebiet sich unmittelbar anschließen, zu erhalten.

Die Gerichtsbarkeit in den besetzten Gebieten.

Paris, 8. Januar. Japan. Die Besprechungen
der von General Lerond geführten Kommission und deren
von Simson über die von den alliierten Truppen be-
setzten Gebieten einschneidende Gerichtsbarkeit dauern am
Mittwoch fort. Es hat den Anschein, daß sich diese Ver-
handlungen noch einige Tage hinziehen dürften. Infolge
dessen hätte der Austausch der Ratifikationsurkunden kaum
vor Beginn der nächsten Woche stattfinden. Der Oberste
Rat wird am Donnerstag vormittag keine Sitzungen ab-
halten, da Erreue unannehmlich ist.

Gewalttaten von den bulgarischen Streikenden.

Paris, 8. Januar. Javos. Aus Saloniki
wird gemeldet: In Bulgarien sprengten die Streikenden
eine Eisenbahnbrücke auf der Straße Sofia-Barna in die
Luft. In anderen Punkten wurden ähnliche Verbrechen ge-
macht. 200 Schädige wurden verhaftet, von denen vier er-
schossen wurden.

Kämpfe in Marokko.

Paris, 8. Januar. Javos. In der Nähe von
Oueden hatten sich starke Abteilungen der Stämme von
Djellala gesammelt, um die vertriebenen Djerer des Nordens
zu beunruhigen. Die Kämpfe des Volkes von Anzama
kombinierte mit Unterstützung einer Schicksalung
mehrere Djerer und vertrieb die Kämpfer, welche
schwerwiegend Teile zerstörten.

Neue Verkehrsperre?

Berlin, 8. Januar. (Eig. Drahtnachricht.) Die
Korrespondenz nach Berlin eine Meldung, daß in kurzer
Zeit abermals eine Verkehrsperre vorgenommen würde.
Der Vertreter des preussischen Eisenbahnministeriums, den
wir über die Richtigkeit dieser Meldung befragen, konnte
sich positiv nicht äußern, weil er über die Absichten des
Reichswirtschaftsministeriums nicht unterrichtet ist, aber er
betonte, daß die Meldung insofern unzuverlässig als unzu-
treffend, als eine Verkehrsperre, wenn eine solche wirklich
sich noch einmal ereignen müßte, erst nach eingehenden Ver-
handlungen und Vorbereitungen verhängt werden würde, weil
schon bei der ersten Verkehrsperre gezeigt hat, daß die von
ihm erwarteten Resultate nur nach umfangreichen Vorbereitungen
zu erzielen waren.

Eisenbahner-Teilstreik im Westen.

Die Entscheidung des Elberfelder
Bezirksverbandes.

Stutt. Düsseldorf, 7. Januar. Der Vorstand des
Gewerkschaftsbundes der deutschen Eisenbahnbeamten, Ver-
sirr Elberfeld, hat keine Aufforderung zum Streik gegeben,
da die Berliner Verhandlungen über den Gehaltsstreik nicht
unterbrochen sind. Hinsichtlich der Streikorganisationen haben
weder der Generalstreik, noch den Teilstreik oder Gehaltsstreik
angewendet. Trotzdem hat der Streik der Eisenbahnarbeiter
in Düsseldorf und auf der Strecke Düsseldorf-Sagen-
hamm teil geltend an Güter- und Umlauf aufgenommen.
Ein Teil der Unterführer hat sich deshalb an die Spitze der
Erleichterung gestellt, um den Verlauf des Ausstehens in
geordnete Bahnen zu führen. Der Beamtenauschuß d's
Eisenbahn-Direktionsbezirks Elberfeld hat angeordnet:
Beamte und Hilfsbeamte bleiben im Arbeitstreik bis auf
weiteres neutral. Die Entscheidung über die von uns ge-
gebenen Forderungen liegt nach aus. Willens, Vernehmlich
und wichtige fahren vorläufig unter unserer Kontrolle. So
mit in die Haltung der Eisenbahnbeamten vorläufig noch
eine neutrale.

Weitere Verschärfung der Frankfurter Eisenbahner- bewegung.

Frankfurt a. M., 7. Januar. Zwischen ähnlichen
Frankfurter Eisenbahner-Organisationen ist in Anbetracht
der gemeinsamen Interessen bei der Eisenbahnerbewegung
Frieden geschloen worden. Die Organisationen wenden sich
in einem gemeinsamen Aufruf an die Bevölkerung, in dem
sie die Bewegung als „Kriegslamp aller Eisenbahner“
bezeichnen.

Der Generalstreik im Versicherungsgewerbe verflücht

Berlin, 7. Jan. Der Hauptauschuß der Angehörigen im
Versicherungsgewerbe hat in seiner Sitzung heute nachmittag den
Generalstreik der Angehörigen beschlossen. Daraufhin hat
der Zentralverband der Angehörigen den Beginn des General-
streiks der Angehörigen im Versicherungsgewerbe in Berlin, sowie
für ganz Deutschland am Morgen früh befohlen. In Berlin wer-
den heute etwa 15-16.000 Angehörige bei 60 Gesellschaften im
ganzen Reich etwa 50-100.000 Angehörige bei rund 300 Gesell-
schaften vom Streik betroffen. Da die Generalagenturen der Ver-
sicherungsgesellschaften ebenfalls in den Streik treten, so
würde sich die Zahl der Angehörigen auf etwa 150-200.000 er-
heben.

